Gewerkschafter!

Wir leben in einer Demokratie. Klar und deutlich verkündet es die Bundesverfassung, dass es keine Vorrechte des Standes mehr gibt, dass die Stimme des Handlangers bei jeder Wahl die gleiche Bedeutung habe wie jene des Fabrikbesitzers, des Grossbauern. Dementsprechend sollte die Arbeiterschaft dort, wo alle Gesetze beraten werden, die oft genug tief in ihre wirtschaftlichen Verhältnisse eingreifen, im Parlament, die Vertretung haben, die ihr ihrer Bedeutung gemäss gebührt.

Doch wie sind die tatsächlichen Verhältnisse? Bei der letzten Erneuerungswahl in den Nationalrat, die im Oktober 1917 stattfand, erzielte die sozialdemokratische Partei, die als einzige im Rate die Interessen der Arbeiterschaft offen und ehrlich unterstützt, 159‘477 Stimmen, während alle bürgerlichen Parteien zusammen auf 313‘936 kamen. Der Nationalrat zählt 189 Mitglieder. Auf die 160‘000 Arbeiterstimmen sollten somit 63 Mandate entfallen. Statt dessen sind es nicht mehr denn 19 Sitze, die noch dazu unter heftigen Kämpfen errungen werden mussten, während die 314‘000 Bürgerlichen 170 „Volksvertreter" stellen. Ein Drittel der Wähler erhält in der obersten gesetzgebenden Behörde des Landes den zehnten Teil der zu vergebenden Mandate, zwei Drittel dagegen verfügen über volle neun Zehntel.

Wo bleibt da die Demokratie? Wohl gilt die Stimme des Arbeiters gleichviel wie die seines Unternehmers. Sie wird aber dank einem verknöcherten, überlebten Wahlverfahren und einer ungerechten Wahlkreiseinteilung wirkungslos gemacht, kann nicht zur Geltung kommen. Der Majorz, dem wir diese Verhältnisse verdanken, verwandelt die Demokratie des Wahlrechts in eine Heuchelei, stempelt sie zur Lüge.

Hier gilt es einzusetzen, den Kampf für eine gerechte Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament mit aller Kraft durchzufechten. Dieses Ziel ist unter dem Majorzsystem unmöglich zu erreichen, deshalb kann es keine andere Lösung geben als seine Abschaffung und die Einführung einer Wahlart, die jedem Bürger die Möglichkeit bietet, seine Stimme wirkungsvoll in die Urne werfen zu können.

Das aber ist der Proporz.

Nicht umsonst wehren sich die Gegner gegen seine Einführung. Alle möglichen Ausflüchte werden gebraucht, um sie zu hintertreiben. Er sei zu kompliziert, und es hätten an einzelnen Orten Instruktionskurse abgehalten werden müssen, um den Wählern sein Verständnis zu erleichtern.

Das Gegenteil ist wahr. Der Majorz belastet den einzelnen Wähler viel mehr als der Proporz. Er zwingt ihn überall dort, wo die Parteien gegeneinander kämpfen, in einen zweiten Wahlgang einzutreten, wobei er dann nicht einmal die Gewähr hat, dass seine Stimme auch zur Geltung komme.

Der Proporz gibt schon im ersten Wahlgang jeder Partei so viele Mandate, als ihr gemäss ihrer Stimmenzahl gebühren. Niemand wird übervorteilt, niemand kann auf Kosten anderer einen Sitz innehaben. Die persönliche Bekämpfung und Heruntersetzung der einzelnen, Kandidaten, die unter dem Majorz nicht zu den erfreulichsten Begleiterscheinungen gehört, verschwindet, an ihre Stelle tritt die grundsätzliche Auseinandersetzung der Parteien.

Der Proporz führe zu Parteistreitigkeiten, schaffe Unruhe im Lande. Die heute so reden, konnten einstmals, als es in ihrem eigenen Interesse lag, auch anders - in Neuenburg, im Tessin und in anderen Kantonen musste der Proporz eingeführt werden -, weil sonst keine Ruhe zu erreichen war.

Das sei ,ja nun alles recht und schön, aber die vorgesehene Formel - Ein Kanton ein Wahlkreis - schaffe neue Ungerechtigkeiten in den kleinen Kantonen, auf die nur ein Mandat entfällt, so erzählen uns wieder andere Demokraten. Wenn aber heute, wie es im zehnten eidgenössischen Wahlkreis (Bern-Seeland) der Fall ist, 6909 bürgerliche Wähler vier Mandate einsacken, während 6150 Arbeiterstimmen völlig leer ausgehen, so widerstrebt das keineswegs dem so fein ausgeprägten demokratischen Empfinden dieser Republikaner.

Nein, nicht um Demokratie, nicht um Recht und Gerechtigkeit handelt es sich bei ihnen. Was sie wollen, das ist die Aufrechterhaltung ihrer Macht, um die ihnen bangt. Was sie fürchten, das ist die Stärkung des Einflusses der Arbeiterschaft im Parlament. Dies sprach seinerzeit mit verdankenswerter Offenheit der Referent der nationalrätlichen Kommission Bühler auch aus, als er sagte: „Das Majorzsystem garantiert uns eine konstante politische Richtung, das Verhältniswahlsystem stellt sie in Frage."

Nach einem derartigen Geständnis ist es sich eine Arbeiterschalt, die etwas auf sich hält, selbst schuldig, mit aller ihr zur Verfügung stehenden Kraft dafür zu sorgen, dass die herrschende „konstante politische Richtung" des Freisinns, von deren Sorge um das Wohlergehen der Arbeiterschaft wir gerade während der vier Kriegsjahre so rührende Beweise erhielten, verschwindet und einer starken Vertretung der Arbeiterschaft Platz macht. Wir brauchen wohl nur an die Behandlung der Vorlage über die Arbeitslosenfürsorge im Nationalrat zu erinnern, wo ein paar bürgerliche Vertreter aus purer Arbeiterfreundlichkeit versuchten, diesen selbstverständlichen Akt des sozialen Schutzes wieder umzustossen, um unseren gewerkschaftlich organisierten Kollegen die Notwendigkeit einer besseren Vertretung der Arbeiterschaft im Nationalrat vor Augen zu führen. Und dieses Interesse wird je länger, je grösser, weil die soziale Gesetzgebung einen immer grösseren Umfang annimmt, der Staat sich immer mehr in die wirtschaftlichen Kämpfe einmischt.

Agitiert deshalb von Mann zu Mann, werbet unter euren Kollegen, euren Bekannten, auf der Strasse, in den Werkstätten, überall, wo ihr mit ihnen zusammentrefft und überzeugt sie von der Notwendigkeit eines gerechten Wahlverfahrens - des Proporzes. In euren Händen liegt die Entscheidung über die künftige Zusammensetzung des Parlamentes, und deshalb ist es eure Pflicht, am 13. Oktober in Massen zu den Urnen zu eilen und durch ein vieltausendstimmiges Ja für den Nationalratsproporz euren entschlossenen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Das Bundeskomitee des Schweiz. Gewerkschaftsbundes.

Strassenbahner-Zeitung, 11.10.1918. Standort: Sozialarchiv.
SGB > Majorzwahlen.doc.